



Berliner Polizeihistoriker

aktuell informativ historisch
Informationen für Mitglieder und Freunde des
Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.



*An die Polizeihistorische Sammlung übergebene
Dienststellenfahne des
Wachkommandos Missionsschutz Berlin der Deutschen Volkspolizei*

Nr. 88
März 2026

Liebe Leser/innen, Liebe Förderkreismitglieder,

das Jahr 2026 ist noch jung und doch schon sehr ereignisreich.

Am 8. Februar 2026 hatten wir gemeinsam mit der Leitung der Behörde alle Sponsoren, Direktionsleitungen, Amtsleiter und natürlich alle Förderkreismitglieder zu einem Neujahrsempfang ins Präsidium eingeladen. Leider hatten sich von den über 200 Eingeladenen nur 2/3 gemeldet. Rund 100 Gäste waren aber gekommen.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Polizeivizepräsident Marco Langner und die Leiterin der Polizeiakademie Nancy Boy-Seifert sowie durch mich wurde eine Führung durch die Ausstellung angeboten, welche auch von einer kleinen Gruppe wahrgenommen wurde.

Bei Getränken, einem leckeren Essen, welches von den Kolleginnen und Kollegen der „Küche“ der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung zubereitet worden war, gab es Zeit für viele interessante Gespräche.

Von den Teilnehmern gab es ein positives Feedback für die Idee eines Neujahrsempfanges und der Wunsch nach einer Wiederholung im nächsten Jahr wurde ausgesprochen.

Berichtens wert ist weiterhin, dass die ersten beiden historischen Motorräder in der Eingangshalle des Polizeipräsidiums ausgestellt wurden und weitere Fahrzeuge bald folgen sollen. Alles natürlich in Absprache mit der Behördenleitung.

Natürlich geht es auch schon an die Vorbereitungen für die „Lange Nacht der Museen“, die am 29./30. August 2026 stattfindet für den „Tag der offenen Tür der Berliner Polizei“, der am 13. September 2026 sein wird.

In dieser Ausgabe des „Polizeihistorikers“ veröffentlichen wir u.a. einen persönlichen historischen Rückblick eines Kollegen, der als junger Mann in der DDR seinen Dienst beim Wachkommando Missionsschutz aufgenommen hatte.

Viel Spaß beim Lesen,
euer Uwe Hundt

Wachkommando Missionsschutz der Volkspolizei

Nach nun mehr über vierzig Jahren im Dienst der Polizei ist es an der Zeit, den eigenen beruflichen Werdegang ausführlich zu reflektieren. Schon jetzt ist abzusehen, dass dieser Werdegang in den Reihen des im „Gemeinsamen Zentrum der deutsch-polnischen Polizei & Zollzusammenarbeit“, in der Grenzstadt Slubice, sein Ende finden wird.

Zu einer ausgiebigen Reflektion gehört aber auch, vor allem für einen Hobby-Historiker wie mich, eine Rückbesinnung an den Beginn des langen Weges. Auch wenn die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit nicht immer angenehm ist und eine Reihe unangenehmer Fragen aufwirft.

Wenn ich heute jüngeren KollegInnen erzähle, dass mein beruflicher Werdegang am 3. Juni 1985 im Wachkommando Missionsschutz, kurz WKM, begonnen hat, ernte ich zunächst mehr oder weniger verständnislose Blicke. Selbst die älteren Kolleginnen und Kollegen

können heute mit dem Begriff Missionsschutz nichts mehr anfangen.

Ein im Oktober 2022 in Berlin abgehaltener Team-Tag gewährte mir die Möglichkeit, nicht nur auf den eigenen Spuren der Vergangenheit zu wandeln, sondern den anderen das längst im Dunkel der Geschichte versunkene WKM ein wenig näher vorzustellen. Dabei kam mir der Umstand zugute, dass ich an der Stätte unseres Ausflugs, nach der Ausbildung an der Volkspolizeischule Neustrelitz, Anfang 1986 ein dreimonatiges Praktikum absolvierte.

Auch wenn sich die Schauplätze von damals stark verändert haben oder sogar völlig verschwunden sind, gingen meine Gedanken wieder zurück zu jenem grauen, nasskalten Januartag des Jahres 1986, an dem ich mich zum ersten Mal zum Dienst in der „Wache Mitte“ meldete. Den erst Anfang der 1980er Jahre errichteten Flachbau sucht man an seinem früheren Standort, an der Wilhelm-Straße /

Ecke Reichstagsufer, heute vergeblich. Ein imposantes, zum Bundestag gehörendes Gebäude hat schon vor vielen Jahren den Platz der „Wache Mitte“ eingenommen.

Zum Beginn des Praktikums hatte ich noch sehr diffuse Vorstellungen von dem, was mich hier erwartet.

Die im „Kommando Kaulsdorf“, der Zentrale des WKM, verbrachten ersten fünf Wochen meines neuen beruflichen Daseins waren allenfalls ein schwacher, obendrein rein theoretischer Vorgeschmack. Während der Ausbildung in der VP-Schule, innerhalb einer Schutzpolizei-Klasse, wurde meine zukünftige Tätigkeit allgemein geringschätzig belächelt. Das richtige Polizeileben fand nun einmal in den Kreisämtern und Revieren statt und nicht vor der Tür irgendeiner Botschaft!



Wilhelmstraße (früher Otto-Grotewohl-Straße) Ecke Reichstagsufer, Mitte; an diesem Ort stand der Flachbau der WKM-Wache Mitte, Heute befindet sich dort ein Gebäude des Bundesrates. Foto: Uwe Bräuning

Die Frotzeleien ärgerten mich. Andererseits zweifelte ich mittlerweile selbst, die für mich richtige Entscheidung getroffen zu haben. Polizeiarbeit hatte mich schon immer fasziniert. Daher rannte der „Seelenfänger“ des WKM, der mich während meines Grundwehrdienstes bei der NVA mit einem „hochinteressanten, abwechslungsreichen und spannenden Dienst im Herzen der Hauptstadt der DDR köderte“, bei mir gewissermaßen „offene Türen ein“. Um mich zu begeistern, hätte es nicht einmal

des avisierten Anfangsgehaltes von 1.300 Mark der DDR und der ebenfalls versprochenen Neubauwohnung in Marzahn oder Hellersdorf bedurft. Ich kann mich noch sehr gut an das Glücksgefühl erinnern, als zum Ende meines „Ehrendienstes“ die Zusage des Wachkommando Missionsschutz eintraf.

Beruflich verändern wollte ich mich nach der Armee ohnehin. Warum nicht auch gleich räumlich? Mit einundzwanzig Lebensjahren hängt der Himmel eben noch voller Geigen. Wer kennt das nicht?

Nach der Erledigung der notwendigen Formalitäten, zu denen unter anderem die Zuweisung einer persönlichen Dienstwaffe Marke „Markarow“ und eines Schrankes gehörte, stand ein ausgiebiges Gespräch mit dem Leiter der Dienststelle, an dem auch ein Leutnant und VP-Meister teilnahmen, auf dem Plan. Ich wurde nach meinen persönlichen Vorstellungen und Erwartungen bezüglich des bevorstehenden Praktikums befragt. Der Leutnant entpuppte sich als Leiter der hiesigen 4. Wachabteilung, der ich für die Dauer des Praktikums angehören sollte; zweifellos ein für

meine weitere berufliche Zukunft wichtiger Mann. Schließlich würde mich der Leutnant am Ende des Praktikums beurteilen.

Mindestens ebenso wichtig erschien mir der sich mit Peter vorstellende, enorme Ruhe und Freundlichkeit ausstrahlende VP-Meister. Der Endvierziger verfügte über eine gesonderte Ausbildung als Lehrwachtmeister. Eine Funktion, die polizeiintern noch heute, als „Bärenführer“ bezeichnet wird. Als solcher sollte Peter mich während des Praktikums von nun an intensiv begleiten. Schon um 14:00 Uhr würde unser erster gemeinsamer Dienst, eine Spätschicht, beginnen. Dort würden wir ausreichend Gelegenheit haben, alles weitere zu besprechen.

Bis es so weit war, wollte ich mich im Anschluss an das Gespräch im Speiseraum der Wache mit einer Bockwurst und einem Kaffee stärken. Beim Betreten des Raumes blieb mein Blick an einem der Fenster hängen. Von hier aus konnte man, über die Berliner Mauer hinweg und an einem Postenturm vorbei, direkt auf das ehemalige Reichs-

tagsgebäude und dessen unmittelbaren Vorplatz schauen. Das gesamte, unmittelbar am Ufer der Spree gelegene Areal war zu sehen. Ein zweistöckiger, voll besetzter Reisebus drehte im Schatten der Mauer eine Ehrenrunde.

Neugierig geworden, streckte ich den Kopf aus dem geöffneten Fenster. Eine raue Männerstimme riss mich aus meinen Gedanken: „Gehen Sie sofort vom Fenster weg, Genosse Wachtmeister!“ Die Stimme gehörte einem grauhaarigen Hauptmann, der mich kopfschüttelnd anschaute. „Was sollen denn die Leute in Westberlin denken, wenn sie einen uniformierten Volkspolizisten begeistert aus dem Fenster hängen sehen?“

Ich habe zwar nicht „gehangen“ und war eher wissbegierig als begeistert, dem Offizier widersprechen durfte ich aus naheliegenden Gründen dennoch nicht. Der „Küchenbulle“, den alle hier nur Manne nannten, quittierte die Szenerie mit einem belustigten Grinsen. Immer wenn ich heute die 12:00 Uhr-Nachrichten der ARD schaue, erinnert mich das vom Hauptstadt-

studio gesendete Live-Bild von dem heutigen Sitz des deutschen Bundestages, an diesen eher unfreiwillig lustigen Vorfall.

Die Spätschicht begann um 14:00 Uhr und endete um 22:00 Uhr. Vor jeder Schicht hatte die gesamte, aus rund fünfundzwanzig Mann inklusive des Führungspersonals bestehende Wachabteilung, nach dem Waffenempfang im Einweisungsraum anzutreten. Der Wachabteilungsleiter, kurz WAL, stellte mich zunächst den anderen Anwesenden als neuer Praktikant vor.

Dann ging er auf die „aktuell-politische Lage“ ein. Hinter dieser bedeutungsvollen Wortschöpfung verbargen sich in aller Regel nur die altbekannten Phrasen.

Der Verlesung der aktuellen „operativen Sicherheitslage im Verantwortungsbereich“ ging nicht minder regelmäßig die Metapher von der „relativen Ruhe“ voraus. Diesmal jedoch mit dem Zusatz, dass die „Nachbardienststelle Feindtätigkeit vermeldet habe.“ Der Begriff Feindtätigkeit löste bei mir sofort ein angenehmes Ziehen

in der Magengrube aus. Vielleicht wird es hier doch noch spannend? Die angebliche „Feindtätigkeit“ stellte sich übrigens hinterher als mehr oder weniger harmlose Wandkritzelei in der Form von „Scheiß SED“ heraus. Dass sich mit dem nichtssagenden Begriff „Nachbardienststelle“ die Staatsicherheit gemeint war, versteht sich wohl von selbst.

Peter, der aufgrund seines Nachnamens von allen „Goldi“ genannt wurde, fungierte nicht nur als Lehrwachtmeister, sondern in erster Linie als sogenannter Stamm-posten vor einem nur von Diplomaten und ausländischen Medienvertretern bewohnten Plattenbau an der Leipziger Straße. Im internen Sprachgebrauch firmierte der Block, zu dem auch ein eigens den dortigen Bewohnern reservierter Parkplatz gehörte, unter der Bezeichnung „Posten 40“.

Nach der Übernahme des Postenbereiches von der Frühschicht in dem metallenen Postenhaus teilte mir „Goldi“ die ersten Grundsätze des täglichen Dienstgeschehens am „Posten 40“ mit. Der Bereich barg –

aus Sicht des WKM – etliche beachtenswerte Sicherheitsschwerpunkte. Eines der größten Probleme bestand darin, dass in dem Block unter anderem sowohl Mitarbeiter der „Ständigen Vertretung der BRD“, als auch Korrespondenten von ARD und ZDF gewissermaßen unter einem Dach lebten. Die Anwesenheit der „Abgesandten des Klassenfeindes“ lockte immer wieder ihrem Staat gegenüber negativ eingestellte Bürger der DDR an. Unsere Aufgabe bestand demnach darin zu beobachten und zu dokumentieren, wer sich wo und wann mit wem trifft. Dazu hatten wir im Fall einer Feststellung, eine schriftliche Mitteilung zu fertigen und diese zum Feierabend beim Diensthabenden abzugeben.

Mir waren die besagten Korrespondenten von ARD und ZDF, Fritz Pleitgen und Peter Merseburger, aus dem uns Volkspolizisten eigentlich streng verbotenen „Westfernsehen“ bestens bekannt. Selbst im Wohnheim des VP-Präsidiums im Kornmandelweg in Berlin-Biesdorf, wo ich seit Juni 1985 zusammen mit drei anderen Volkspolizisten in einer Art Wohngemeinschaft

lebte, wurde nach Dienstschluss regelmäßig „virtuelle Republikflucht“ begangen. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran besaß die Inbetriebnahme des Privatsenders „Sat 1“ und dessen seinerzeit aus einem Sammelsurium von beliebten Filmen und Serien bestehenden Programms. Weiterer Beliebtheit erfreute sich im WKM damals übrigens auch der Westberliner Radiosender „100,6“, dessen Musikbeiträge mir später über manch langweilige Nachtschicht hinweggeholfen haben.

Jetzt aber wieder zurück zu jenem Tag im Januar 1986. Unser Job bestand keineswegs nur darin, irgendwelche, aus staatlicher Sicht, „anrühige Kontakte“ festzustellen. Ein ganz klein wenig „richtige Polizeiarbeit“ sollten wir dann doch leisten: beispielsweise die teuren „Westautos“ auf dem Parkplatz vor Diebstählen und Sachbeschädigungen schützen. Ganz besonderer Beliebtheit erfreuten sich dabei Mercedes-Sterne und andere in Sammlerkreisen begehrte, für einen DDR-Bürger eigentlich unerreichbare „Schmuckstücke“.

Eines Tages stießen wir auf einen an der Fahrbahn abgestellten, noblen Mercedes-Benz. Zu unserer Verwunderung waren die Türen des PKW nicht verschlossen. Jetzt mussten wir auch noch auf den teuren Schlitten aufpassen!

Glücklicherweise erschien der Besitzer kurz darauf in Begleitung zweier eleganter Damen an seinem Fahrzeug. Wir erkannten in dem Mann sofort den populären DDR-Schlagersänger Michael Hansen, der uns aus Dank für die Aufmerksamkeit die Hände schüttelte.

Für den „Streifendienst“, sofern man bei einem kaum einhundert Meter betragenen Sektor diesen Begriff überhaupt verwenden kann, stand uns ein Funkgerät der Marke „UFT 721“ zur Verfügung. Aus „Geheimhaltungsgründen“ beschränkte sich der Funkverkehr jedoch auf das Allernötigste. Das Gros der Meldungen wurde grundsätzlich über das im Postenhaus installierte Telefon abgewickelt. Eine im äußeren oberen Bereich des Postenhauses angebrachte Lampe signalisierte dem sich außerhalb aufhaltenden Polizisten den Eingang

eines Anrufs. Des Weiteren konnte der Diensthabende den Posten über Funk mit dem Befehl: „Kommen Sie über Draht!“, seinerseits zum Telefonieren auffordern.



Lada-Funkstreifenwagen der Volkspolizei; die WKM-Kfz hatten keine Lautsprecher auf der „Brücke“. Foto: PhS

Rhythmisches Klopfen kündigte in den Nachtschichten stets das Erscheinen eines zur Postenkontrolle entsandten Gruppenführers oder Offiziers an. Auf diese Weise konnte oftmals verhindert werden, dass jemand beim Schlafen ertappt wurde.

Daneben boten die Funkgeräte noch eine weitere ebenso nützliche wie absolut verbotene Möglichkeit, die Langeweile „zu versüßen“: Das Mithören von in Westberlin geführten Funktelefongesprächen. Wer statt den vorgeschriebenen Kanal 4 den Kanal 1 einschaltete, konnte auf diese Weise ein wenig am Leben der „Reichen und Schönen“ teilnehmen, sofern nicht gerade ein Vorgesetzter überraschend um die Ecke bog.

Zur Unterstützung der Posten stand jeder Schicht eine Funkstreifenwagenbesatzung zur Verfügung. Die Streifenwagen der Marke Lada unterschieden sich rein äußerlich kaum von denen der Reviere; mit einer Ausnahme: Den Funkwagen des WKM fehlten die auf der „Brücke“ angebrachten Lautsprecher. Sie konnten daher nur sehr bedingt außerhalb der eigenen Zuständigkeit, beispielsweise bei einer Großfahndung oder anderen polizeilichen Sonderlagen, eingesetzt werden.

Die Anforderung des Streifenwagens erfolgte über Funk mittels des Kennwortes „Werkmeister“, unter Nennung der jeweiligen Postenbe-

zeichnung. In unserem Fall hätte der Funkspruch „Paula 40-Werkmeister“ gelautet. Der hauptsächliche Grund für eine Anforderung lag stets dann vor, wenn sich jemand im Umfeld einer diplomatischen Mission „verdächtig“ verhalten hatte; aus welchen Gründen auch immer. Oftmals genügte es bereits, eines der Gebäude mit unverkennbarem Interesse in Augenschein zu nehmen, um der Wache Mitte zugeführt zu werden. Einer internen Legende zufolge sollen eines Tages auch zwei junge WKM-Angehörige in den „Genuss“ der überzogenen Sicherheitsmaßnahmen gekommen sein. Zu ihren Gründen für ihr „auffälliges“ Verhalten vor der „StÄV“ befragt, gaben sie zur Antwort, einfach mal die Wachsamkeit der Genossen ausprobiert haben zu wollen. Seitdem wurde jeder Neuling eindringlich darauf hingewiesen, auf derartige Experimente zu verzichten.

Peter Merseburger erblickte ich während dieser ersten Schicht ebenfalls. „Goldi“ wünschte ihm freundlich einen Guten Tag und Merseburger grüßte ebenso freundlich zurück. So als wären die bei-

den gute Freunde. Ganz wie es die Vorschrift verlangte.

Das von den besagten Vorschriften geregelte, den Posten des WKM abverlangte Verhalten gegenüber westlichen Diplomaten und Medienvertretern, unterschied sich vielfach deutlich von dem „normaler Volkspolizisten“ in vergleichbaren Situationen. Dem Hauptwachtmeister der VP XY vom Revier „um die Ecke“, wäre es wohl nicht im Traum eingefallen, einen ZDF-Reporter zu grüßen. Zumindest nicht als erster. Noch viel weniger würde er sich beispielsweise von einem bundesdeutschen Diplomaten in ein Gespräch verwickeln lassen.

Was anderen untersagt war, wurde von den Posten des WKM regelrecht erwartet. Einerseits, um die Diplomaten durch „schroffe Ablehnung“ nicht unnötig zu verärgern, andererseits, um mögliche wichtige Informationen „abzuschöpfen“. Was allerdings in den seltensten Fällen gelungen sein dürfte. Die auf diese Weise erlangten Informationen zeichneten sich zumeist eher durch Quantität als durch Qualität aus.

In den kommenden Tagen und Wochen lernte ich den Bereich der Wache Mitte und den internen Dienstablauf weiter kennen. Diese Dienststelle war in jeder Hinsicht besonders. Peter hatte mir verraten, dass hier erst vor wenigen Jahren mit der Ausbildung von Praktikanten begonnen worden war. Zuvor hatte der praktische Teil, ohne die Spezifik des WKM zu berücksichtigen, in einem der umliegenden VP-Reviere stattgefunden. Besonders befähigte Dienstanfänger besaßen dabei gute Chancen, von den Revieren abgeworben zu werden. Andere wollten von sich aus nicht mehr zurück zum WKM. Um dem einen Riegel vorzuschieben, hatte die Führung des Missionsschutzes beschlossen, die Praktikanten künftig selbst auszubilden. Dahinter steckte das Eingeständnis, jungen entwicklungs-fähigen, obendrein für ihren Beruf brennenden Polizisten, nicht allzu viel bieten zu können. Zur Vorbeugung vorzeitiger Fluktuationen bestand im

WKM eine Mindestverwendungszeit von drei Jahren. Das wurde den Neueingestellten jedoch nicht oder zumindest nicht immer mitgeteilt.

Anders als andere WKM-Dienststellen verfügte die „Wache Mitte“ über Gewahrsamszellen und ein vom MfS genutztes Vernehmerzimmer. Auch wenn es zu Beginn des Jahres 1986 zu keinen größeren



Schießtraining der Polizisten des WKM mit Maschinenpistolen PM-63. Foto: Uwe Bräuning

öffentlichkeitswirksamen Vorfällen wie zuvor während der tagelangen Besetzung der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland“ durch ausreisewillige DDR-Bürger gekommen war, trafen hier doch des Öftern „Zuführungen“ ein.

Zum besseren Verständnis: Die Volkspolizei besaß das Recht, Personen bereits bei unklaren Verdachtsmomenten einer VP-Dienststelle zuzuführen. Zuführungen unterschieden sich rein rechtlich von einer vorläufigen Festnahme, obwohl sich die Konsequenzen mindestens ähnelten.

Das Gros der Zuführungen betraf die für die „Ständige Vertretung“ zuständige „Wache Chausseestraße“. An zweiter Stelle rangierte die „Wachmannschaft“ der WKM-in-

tern als „Posten 70“ bezeichneten Botschaft der USA, in der Neustädtischen Kirchstraße.



Ehemalige Botschaft der USA in der Neustädtischen Kirchstraße 4/5, Mitte; heute steht ihr Neubau wieder am ursprünglichen Ort (Palais Blücher), Pariser Platz, direkt neben dem Brandenburger Tor. Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesbildstelle

Nominell unterstanden die dort tätigen VP-Angehörigen der Wache Mitte. Tatsächlich besaßen sie jedoch einen separaten Status und einen eigens für den „Posten 70“ zuständigen Offizier. Ihren Dienst verrichteten die Männer gemeinsam mit Angehörigen der Spionageabwehr des MfS. Wer vor der „StäV“ oder der Botschaft der USA zum Einsatz kam, besaß einen ganz

besonders hohen Zuverlässigkeitsgrad, was nicht zwangsläufig von Vorteil sein musste. Denn die „Elite des WKM“ stand ihrerseits unter Beobachtung der chronisch miss-trauischen Führung.

Eines Nachmittags im März 1986 ereignete sich in der USA-Botschaft ein Vorfall, der mir damals sehr zu denken gab. Ich hielt mich gerade im Speiseraum auf, als dort plötzlich das Telefon klingelte. „Es kommt gleich eine Zuführung. Du sollst sofort runter in den Zellen-gang“, rief mir der Koch zu.

Unten angekommen sah ich, wie zwei bleiche, Jeans und Parkas tragende junge Männer, von uniformierten Volkspolizisten über den Gang in Richtung der Zellen geführt wurden. Ich wollte zunächst nicht glauben, was die beiden Polizisten zu erzählen hatten: Die beiden gehörten als Leutnant bzw. Unteroffizier einer NVA-Einheit im Norden der DDR an. Eine halbe Stunde zuvor hatten sie in der Botschaft der USA um Asyl gebeten. Die Soldaten waren keineswegs mit leeren Händen gekommen. In ihrem Gepäck lagerte eine Reihe

eilig zusammen gesuchter Dienstvorschriften und anderer zumindest als „VS“ eingestufte Geheimdokumente.

Zum Entsetzen der beiden „Überläufer“ reagierten die Amerikaner darauf völlig anders als gedacht. Zunächst wurden sie von einem Botschaftsmitarbeiter aufgefordert, sofort das Gebäude zu verlassen. Da die NVA-Angehörigen praktisch alles auf eine Karte gesetzt hatten, konnten und wollten sie der Aufforderung selbstverständlich nicht nachkommen. Worauf die im Innern der Botschaft für die Sicherheit zuständigen Marinesoldaten die Weisung erhielten, die beiden „Unwilligen“ inklusive der mitgebrachten Papiere der Volkspolizei zu übergeben.

Ich gehe nicht davon aus, dass die Verantwortlichen in der US-Botschaft nicht wussten, welche Konsequenzen den Militärangehörigen drohten. Peter erzählte mir später, dass das an den Tag gelegte harteherzige Verhalten gegenüber asyl-suchenden DDR-Bürgern keineswegs eine Ausnahme darstellte. Die USA wollten offensichtlich keine

Nachahmer anlocken, deren Anwesenheit unweigerlich zu politischen Verstimmungen mit dem Gastgeberland führen würde. In dem konkreten Fall stellt sich jedoch die Frage, wie sich die Botschaft gegenüber Überläufern aus der Generalität der NVA verhalten hätte.

Mir fiel nachher die Aufgabe zu, den beiden verhinderten Überläufern im Anschluss an ihre Erstvernehmung ein spartanisches, aus Tee, Schwarzbrot, einigen Wurstscheiben und Käse bestehendes, frugales Abendessen zu „servieren“.

Aus verständlichen Gründen verspürte keiner der „Gefangenen“ Appetit. Wir wechselten kein Wort miteinander. Nicht nur, weil sich außer mir noch einer der Gruppenführer im Zellengang befand, sondern weil mir keine Worte einfielen, die der beklemmenden Situation annähernd gerecht geworden wären. Innerlich befand ich mich in einem tiefen Zwiespalt. Einerseits verspürte ich großes Mitleid, zumal es sich um – aus meiner Sicht – beinahe Gleichaltrige handelte. Andererseits wusste ich natürlich, dass ertappten Überläufern überall in

der Welt hohe Strafen drohten. Was war nun richtig?

Während ich noch grübelte, fuhr ein roter Lada-Kombi auf den Innenhof der Wache vor. Dem Fahrzeug entstiegen zwei drahtige, Lederjacken tragende Männer mittleren Alters, die jeglichem Stasi-Klischee inklusive des sächsischen Dialektes entsprachen. Sie hatten den Auftrag, die NVA-Angehörigen zu übernehmen und direkt zur Zentrale des MfS in die Normanntenstraße zu bringen.

Auf meinen Einwand, dass die Gefangenen gegenwärtig noch Abendbrot essen, bemerkte einer der Abholer zynisch: „Was? Ihr habt denen zu Essen gegeben? Na ja, bei uns bekommen sie auch gleich etwas. Aber ganz sicher nichts zum Essen.“ Zusammen mit einem Obermeister führte ich kurz darauf die Übergabe der bedauernden Soldaten durch. Ich weiß bis heute nicht, was aus ihnen geworden ist. Immerhin dürfte ihnen das baldige Ende der DDR eine allzu lange Haftzeit erspart haben. Die Angelegenheit fand eine nicht minder verstörende Fortsetzung.

Am Tag der „Zuführung“ waren die Angehörigen der beiden Militärpersonen in der Wache Mitte erschienen, um Auskunft über deren Verbleib zu erhalten. Woher sie von deren verhinderten Aktion und der anschließenden Verbringung in die Wache Mitte erfahren hatten, entzieht sich meiner Kenntnis. Feststeht jedoch, dass Hauptwachtmeister L., der an jenem Tag in der hauseigenen Objektwache Dienst verrichtete, den sichtlich besorgten, vor Angst zitternden Angehörigen, die Festnahme bestätigte. Ohne allerdings irgendwelche Details zu nennen.

Ein in Rechtsstaaten völlig übliches Verhalten. Nicht jedoch in der DDR! Hauptwachtmeister L. wurde am nächsten Tag bei der Einweisung, vom Wachabteilungsleiter wie ein „Rekrut“, wütend zusammengestaucht. Seine Pflicht wäre es angeblich gewesen, die Leute wortlos abzuweisen und sofort den Vorgesetzten über deren Erscheinen Meldung zu erstatten.

L. nahm das „Donnerwetter“ mit unbewegtem Gesichtsausdruck hin. Einige Tage später wurde ich

gemeinsam mit ihm zur Objektsicherung auf dem Innenhof der Wache eingeteilt. Ein im Allgemeinen unbeliebter, häufig Praktikanten oder nur noch eingeschränkt einsetzbaren Polizisten „übergeholfener“ Job.

Hauptwachtmeister L. gehörte weder der einen noch der anderen „Fraktion“ an. Sein „Manko“ bestand in einer zunehmenden inneren Distanz zur Volkspolizei. Unsere Aufgabe während des Objektschutzes bestand hauptsächlich darin, bei Bedarf die Tore zu öffnen und die Dienstaussweise der „Besucher“ zu kontrollieren.

Ganz „normale Bürger“ gehörten nicht zu den besagten „Besuchern“. Dafür, neben Vertretern anderer VP-Dienststellen, eine auffallend hohe Anzahl von MfS-Mitarbeitern. Die Stasi-Leute verhielten sich uns gegenüber herablassend. Eine wirkliche Kontrolle fand nicht statt, da die Ausweise stets nur kurz vorgezeigt und sofort wieder eingesteckt wurden. Ohne dass jemand Anstoß an diesem, den strengen Sicherheitsregeln eigentlich widersprechenden Gebaren nahm.

Arroganz prägte auch sonst das ungleiche Verhältnis zwischen WKM und Staatssicherheit. Ungeachtet dessen, waren beide Organisationen enger miteinander verzahnt, als es insbesondere den meisten früheren Missionsschützern heute bewusst ist. Dass die für den Schutz der sowjetischen Botschaft verantwortliche „Wache Behrenstraße“ ausschließlich aus MfS-Arbeitern bestand, war allerdings schon damals kein Geheimnis mehr. Ebenso wie der Umstand, dass einige VP-Angehörige auch in den Diensten der Staatssicherheit standen. Entsprechende konkrete Vermutungen wurden mit der Floskel „der hat noch ein zweites Dienstbuch in der Tasche“ im internen Sprachgebrauch verschleiert.

Nicht bekannt war dagegen, dass die schriftlichen Informationen sowie die an bestimmten Objekten akribisch notierten An- und Abfahrtszeiten von Diplomaten, inklusive der Kennzeichen der von ihnen genutzten Fahrzeuge auf sogenannten Kfz-Zetteln, eben nicht im „Kommando Kaulsdorf“ sondern von der für Spionageabwehr zuständigen Hauptabteilung II des

MfS ausgewertet wurden. So wie auch der gesamte Mitarbeiterbestand des WKM von der Spionageabwehr überwacht wurde. All das kam erst nach der Öffnung der Sta-
siakten ans Tageslicht.

Aber nun wieder zurück zu jenem windigen Vorfrühlingstag im März 1986. Neben dem Einlassdienst hatte die Objektsicherung auch den Innenhof im Auge zu behalten, denn das Areal stieß direkt an die „Berliner Mauer“. Wir verrichteten gewissermaßen Objektsicherung und Grenzdienst in einem. Bei einem der Postengänge fiel mir ein lautes klopfendes, von jenseits der Staatsgrenze kommendes Geräusch auf. „Das sind die Fahnen auf dem Dach des Reichstages“, klärte mich Hauptwachtmeister L. daraufhin sofort auf.

Die im Frühlingswind flatternden Fahnen lösten ein angeregtes Gespräch zwischen uns aus. Wie konnte es sein, dass man einer Fahne deutlich hören, den Ort, an dem sich die Fahne befindet, jedoch nicht erreichen kann? Obwohl er nur wenige hundert Meter entfernt ist. Was stimmt hier nicht? Ich

„tröstete“ mein Gewissen damals noch mit „von außen aufgezungenen Notwendigkeiten“.

„Ob wir wohl eines Tages das Reichstagsgebäude besichtigen können?“, fragte ich meinen nur um wenige Jahre älteren „Postenführer“. „Ja, vielleicht in vierzig oder mehr Jahren. Als Rentner. Ich fürchte jedoch, dass man uns als Geheimnisträger überhaupt niemals in den Westen fahren lässt“, brummte L. versonnen. „Ich habe allerdings auch nicht vor, noch so lange bei VP zu bleiben“, fügte er vielsagend hinzu.

Die unerreichbar im Wind flatternden Fahnen sollten nicht das letzte „Aha-Erlebnis“ während meines allmählich zu Ende gehenden Praktikums bleiben. Während einer wieder zusammen mit Peter an unserem „angestammten“ Posten an der Leipziger Straße verbrachten sonntäglichen Nachtdienstes, erschien plötzlich der Funkstreifenwagen mit einem der Gruppenführer. Der Obermeister teilte uns mit, dass sich ein Mitarbeiter der „Ständigen Vertretung“ hier in seiner Wohnung, mit „staatsfeindlichen

Kräften“ treffen will. Wir sollten unbedingt die Personalien der „Staatsfeinde“ in Erfahrung bringen.

Es dauerte nicht lange, bis ein PKW, meiner Erinnerung nach ein VW Golf oder Citroen, auf dem Parkplatz fuhr. Dem Kennzeichen nach zu urteilen, wohnte der Halter in (Ost)Berlin. Der Verdacht lag mehr als nah, dass es sich bei dem Halter um einen der avisierten „Staatsfeinde“ handelte. Da 1986 – zumindest im Ostteil Berlins – eine elektronische Halterabfrage noch als „Science Fiktion“ galt, musste der Verdacht auf andere Art überprüft werden.

Den rechtlichen Rahmen dafür hatte der Fahrer durch seinen „Parkverstoß“ selbst geliefert. Schließlich durften hier nur bestimmte Fahrzeuge parken! Ich bekam den Auftrag, eine Verkehrskontrolle durchzuführen und bei dieser Gelegenheit die Personalien des Fahrers und möglicher Insassen festzustellen.

Gesagt, getan! Mit Feuereifer trat ich auf das Fahrzeug, dessen Insassen gerade im Aussteigen begriffen waren, zu. Vorschriftsmäßig, wie

zuvor auf der VP-Schule gelernt, legte ich die Hand salutierend an die Mütze, nannte dem Fahrer Dienstgrad und Namen, um noch selben Atemzug Führerschein und Personalausweis zu verlangen.

Der Fahrer, ein älterer Herr mit schütterem Haar, vollführte eine Drehung, schaute mir fest in die Augen und brummte ärgerlich: „Was wollen Sie von mir?“ Ich erstarrte regelrecht zur Salzsäule. Vor mir stand niemand anderes als der berühmte Schriftsteller Stephan Heym! Ein Mann, den ich bereits unzählige Male im Fernsehen gesehen hatte.

Bei seinem Beifahrer, dem Schriftsteller Ullrich Plenzdorf, erging es mir nicht viel anders. Hatte ich doch sein Buch „Die neuen Leiden des jungen W.“ seinerzeit als Jugendlicher mit großem Interesse gelesen. Nicht zuletzt, weil eine ehemalige Lehrerin uns seinerzeit dieses Werk ausdrücklich empfohlen hatte.

Jetzt standen diese beiden Ausnahme-Autoren direkt vor mir. Anstatt mich jedoch mit ihnen über ihre Bücher auszutauschen, trat ich ih-

nen als „Büttel der Staatsmacht“ entgegen. Alles andere als eine gute Basis für ein Gespräch mit solchen intellektuellen Größen!

Leicht benommen, kehrte ich zum Funkwagen zurück, wo der Obermeister auf meine „Aufklärungsergebnisse“ wartete. Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass ich den Namen des dritten Insassen inzwischen vergessen habe. Damals wusste ich ihn jedenfalls noch.

Der Obermeister zeigte sich bei der Nennung der Namen keineswegs überrascht. Im Unterschied zu mir verortete er Heym und Plenzdorf tatsächlich in die Kategorie „Staatsfeind“. Heute weiß man, dass solche ungerechtfertigten Einordnungen zu den „Sargnägeln der DDR“ gehörten.

Während einer Spätschicht durfte ich den im Urlaub befindlichen Stammposten vor der polnischen Botschaft vertreten. Und das ganz allein, ohne die Aufsicht eines Lehrwachtmeisters. Zuvor durfte ich vor der schwedischen Botschaft schon einmal als „Solist auftreten“. Allerdings nur als zusätzlicher

Standposten direkt vor dem Eingang während der Nachtstunden. Aufgrund des Attentates auf den Ministerpräsidenten Olof Palme galten für die Vertretung des nord-europäischen Landes verschärfte Sicherheitsvorkehrungen. Da die Botschaft der Wache Mitte gegenüber lag, konnte alle vier Stunden eine Ablösung organisiert werden. Viel falsch machen konnte ich auf diesem Posten ohnehin nicht. Mehr als Herumstehen wurde von mir nicht verlangt.

Der Dienst vor der Botschaft der damaligen Volksrepublik Polen erschien mir ebenfalls nicht als sonderlich herausfordernd. Polen galt offiziell noch immer als „befreundeter Staat“, so dass die mancherorts übliche Dokumentationspflicht

entfiel. Reizvoll war der Posten dagegen auf eine andere Weise. Das Blechhäuschen stand unmittelbar am eisernen Begrenzungszaun des Pariser Platzes und damit im unmittelbaren Vorfeld der Grenze. Einige Meter von mir entfernt liefen Grenzsoldaten paarweise an



Brandenburger Tor und der unbebaute Pariser Platz vor der Wende; die Berliner Mauer ist gut zu erkennen. Foto: PhS

der Mauer entlang Streife. Ich sah auch, wie ein Mann in der Uniform der Transportpolizei in einem Schacht verschwand. Das allerdings nicht zum ersten Mal. Von Peter wusste ich, dass es Transportpolizisten gab, deren Aufgabe darin bestand, die nach dem 13. August 1961 stillgelegten U-Bahnhöfe

zu bewachen. Es gab in der Tat bei der Volkspolizei noch absurdere Jobs als der eines WKM-Postens.

Allmählich brach die Dunkelheit herein. Gedankenverloren schaute

ich hinüber auf die andere Seite Berlins, wo sich die Konturen der im Volksmund „Goldelse“ genannten Siegessäule im kalten Licht der Straßenlaternen abzeichneten. Noch eine historische Sehenswürdigkeit, die ich wohl erst im fortgeschrittenen Alter aus nächster Nähe bewundern könnte.

Nach einiger Zeit erhielt ich Besuch von einer Fußstreife vom benachbarten VP-Revier. Der Oberwachmeister entpuppte sich nicht nur als einer der vergleichsweise wenigen echten Berliner in den Reihen der hauptstädtischen Volkspolizei,

sondern auch als profunder Kenner der Stadtgeschichte. Geradezu schwärmerisch zeigte er mir die Stelle, an der einst das berühmte Nobelhotel Adlon stand. Der Oberwachmeister zählte mir die Namen



Das berühmte Hotel Adlon wurde mit historischer Fassade im Jahre 1997 direkt am Pariser Platz wiedererrichtet. Foto: Uwe Bräuning

all jener Prominenten auf, die hier vor langer Zeit eingekehrt waren: Emil Jannings, Enrico Caruso, Hans Albers, Marlene Dietrich und so weiter.

Keine Tafel, nicht der kleinste Hinweis deutete auf die einstige Bedeutung der nun gespenstisch

leeren Stelle. Wir ahnten beide nicht, dass das Hotel Adlon nur einige Jahre später genau dort in alter Pracht wiedererstehen sollte.

In den letzten Tagen meines Praktikums begann sich die Sicherheitslage in Berlin urplötzlich erheblich zu verschärfen. Alles begann damit, dass bei einer der üblichen Einweisungen ein normalerweise für die Sicherung der US-Botschaft zuständiger Hauptmann anwesend war. Mit gewichtiger Miene teilte der Offizier den Anwesenden mit, dass aktuell Hinweise zu einem in Berlin unmittelbar bevorstehenden Terroranschlag auf eine Einrichtung der USA vorlägen. Momentan könne niemand sagen, ob der Anschlag in der Hauptstadt der DDR oder in Westberlin stattfinden solle. Der USA-Botschafter wäre bereits durch das Außenministerium über die sehr konkrete Gefahr in Kenntnis gesetzt worden. Zur Verhinderung des Anschlages würden die Sicherheitsvorkehrungen vor und im Umfeld der entsprechenden Gebäude für einen noch ungewissen Zeitraum erheblich verschärft werden. Was auch geschah. In den kommenden Tagen wurde die US-Bot-

schaft in der Neustädtischen Kirchstraße förmlich abgeriegelt. Gleichzeitig hielten sich in Nebenstraßen, auf Lastkraftwagen der Marke W 50 aufgesessene, mit Maschinenpistolen bewaffnete Einsatzgruppen für einen eventuellen Ernstfall bereit. Unter den Linden und anderswo, sah man scharenweise junge sportliche, Jeans und Anoraks tragende, militärisch frisierte Männer schwadronieren.

Ein Terroranschlag auf dem Hoheitsgebiet der DDR wäre eine sicherheitspolitische Katastrophe gewesen. Wie groß die Sorge war, zeigt eine Begebenheit, die ich während einer meiner letzten Schichten an der Leipziger Straße erlebte. Peter und ich beobachteten gerade wieder einmal den Fußgängerverkehr, als plötzlich ein an alle Posten gerichteter Funkspruch des Diensthabenden einging. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten wurden wir offen über Funk aufgefordert, unbedingt auf einen mit arabisch aussehenden Männern besetzten schwarzen Audi mit Westberliner Kennzeichen zu achten. Falls der PKW vor einem Objekt der USA oder Großbritanniens auf-

tauche, müsse sofort Meldung erstattet werden.

Nach der Beendigung des Rundspruchs sollte jeder einzelne Posten den Empfang quittieren. Funksendungen mit einem derartig brisanten Inhalt gehörten nicht zum Alltag des WKM. Obwohl sich eigentlich niemand einen Bombenanschlag in der DDR vorstellen konnte, verfehlte der Funkspruch nicht die beabsichtigte Wirkung.

Ungemach drohte mir und anderen Praktikanten noch von ganz anderer Seite. Wie es hieß, sollten alle Praktikanten nach dem Abschluss sofort zur Wache Pankow versetzt werden, wo der größte Personalbedarf innerhalb des WKM bestand. Das Versprechen des Wachabteilungsleiters, sich für den Verbleib jedes einzelnen Praktikanten in der Wache Mitte einzusetzen, sorgte kaum für Beruhigung.

Was war eigentlich so schlimm an Pankow? Berlin ist schließlich Berlin! Eben nicht. Zumindest nicht, was den Dienst im WKM betraf. Von den Berichten älterer Polizisten wussten wir bereits, dass sich

die dort befindlichen diplomatischen Objekte zumeist in abgelegenen Nebenstraßen oder sogar inmitten von Gartenanlagen befanden. Es hatte schon seinen Grund, dass dort niemand Dienst verrichten wollte; bis auf jene, die man nirgendwo anders mehr haben wollte.

Die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen wiegten uns in der trügerischen Hoffnung, dass man in Mitte auf keinen WKM-Polizisten verzichten konnte. Doch nach dem Attentat auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ begann sich die angespannte Situation vorübergehend wieder zu beruhigen.

Wenig später erhielten wir zusammen mit den Glückwünschen zu dem mit Erfolg absolvierten Praktikum die befürchtete Versetzung nach Pankow. Allerdings nicht in die Hadlich-Straße, wo die Wache Pankow ihren Sitz hatte, sondern zur Blankenburger Chaussee, zur Wache Niederschönhausen. Dort nahm ich sofort meine Versetzung zum heimischen Volkspolizeikreisamt Seelow in Angriff, um endlich ein richtiger Polizist im Sinne von

„Delikte, Indizien, Ermittlungen“ zu sein. Bis es so weit war, lag noch ein langer und dorniger Weg vor mir. Aber das ist schon wieder eine neue Geschichte.

Jetzt bin ich wieder im Jahr 2022 angekommen. Die Schauplätze aus der Frühzeit meines Polizistendaseins wurden zum großen Teil bis zur Unkenntlichkeit verändert. Fast scheint es, als hätte es weder die Wache Mitte noch die Stasi-Mitarbeiter, Volkspolizisten, ja selbst das WKM gegeben. Meine Kollegen haben die kleine Zeitreise teils interessiert, teils aber auch ungläubig amüsiert verfolgt.

Egal. Auf unserem Plan steht noch ein besonderes Highlight: Eine Führung durch das ehemalige Reichstagsgebäude sowie ein anschließendes Gespräch mit einer Bundestagsabgeordneten der SPD. Ja, die Zeiten haben sich im Vergleich zu 1986 verändert. Allerdings zum Besseren!

Uwe Bräuning





mpfang
bruar 2026



Rückblick auf die Veranstaltung „Freund und Helfer des National- sozialismus?“

Am 11. November 2025 luden die Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gemeinsam zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Freund und Helfer des Nationalsozialismus? Die Ordnungspolizei und ihre weltanschauliche Schulung im NS-Staat“ ein.

läufigen Slogans „Die Polizei – dein Freund und Helfer“. Der

Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste aus Berlin und Brandenburg durch die Präsidentin der Hochschule, Prof. Dr. Heike Wagner, skizzierte Alexander Lorenz-Milord, Dozent für Polizeigeschichte und Mitglied des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin, die Entstehung des bis heute ge-



Prof. Dr. Heike Wagner, Präsidentin der Hochschule, der Polizei des Landes Brandenburg.
Foto: HSK Lange Foto: HSK Lange

um 1926 in der Weimarer Republik geprägte Leitspruch stand im Kontext sozialdemokratischer Reformbestrebungen und sollte das Bild einer modernen, bürgernahen und demokratisch verankerten Polizei vermitteln.

Anschließend erläuterte Niklas Zodel, Historiker und wissenschaftlicher Volontär bei der Leitung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, weshalb die Parole auch nach 1933 weiterverwendet und von den Nationalsozialisten ideologisch neu besetzt wurde. Im Mittel-

punkt seines Vortrags stand die Entwicklung der Ordnungspolizei – einer zentralen Institution des NS-Staates, die mit Blick auf die im Deutschen Reich bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen bislang vergleichsweise wenig beachtet wurde, für die Herrschaftspraxis des Regimes jedoch von erhebli-

cher Bedeutung war.

Niklas Zodel machte deutlich, dass sich staatliche Verfolgungsmaßnahmen bereits in der frühen Phase der nationalsozialistischen Herrschaft nicht nur gegen politische Gegnerinnen und Gegner richteten, sondern



Niklas Zodel, Historiker und wissenschaftlicher Volontär bei der Leitung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Foto: HSK Lange

auch gegen Menschen, die als „gemeinschaftsfremd“ oder „asozial“ diffamiert wurden. Dazu zählten unter anderem Personen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie sogenannte



Alexander Lorenz-Milord, Dozent für Polizeigeschichte und Niklas Zodel, Historiker. Foto: HSK Lange

Berufsverbrecher. Ziel präventiver polizeilicher Maßnahmen war ihr dauerhafter Ausschluss aus der sogenannten Volksgemeinschaft, der für die Betroffenen Internierung, Zwangssterilisierung oder Ermordung bedeuten konnte.

Der Referent zeigte, wie die Begriffe „Sicherheit“ und „Ordnung“ rassenideologisch aufgeladen wurden, und stellte klar, dass auch die Ordnungspolizei von Beginn an in die Ver-

folgungsmaßnahmen eingebunden war. Bei der Umsetzung der sogenannten vorbeugenden Verbrechensbekämpfung spielte sie eine tragende Rolle.

Im zweiten Teil seines Vortrags thematisierte Niklas Zodel die von der Ordnungspolizei während des Zweiten Weltkriegs begangenen Massenmorde. Am Beispiel des „Holocaust durch Kugeln“, der Massenerschießungen jüdischer Männer, Frauen und Kinder in den von Deutschland

besetzten Gebieten, arbeitete er heraus, dass Angehörige der Polizei- und Reserve-Polizeibataillone nicht zum Töten gezwungen wurden. Kein einziger Fall ist bekannt, in dem Untergebenen bei einer Weigerung Gefahr für Leib und Leben drohte. Im Widerspruch zur bis heute weit verbreiteten Vorstellung eines angeblichen Befehlsnotstandes beruhte ihre Tatbeteiligung somit nicht auf Zwang, sondern auf Freiwilligkeit.

Vor diesem Hintergrund verwies Niklas Zodel auf die anhaltende wissenschaftliche Auseinandersetzung darüber, ob und in welchem Maße die weltanschauliche Schulung, also der Unterricht in nationalsozialistischer Ideologie, dazu beitrug, dass Angehörige der Ordnungspolizei zu Tätern wurden. Er gab einen Einblick in den aktuellen

Forschungsstand und stellte Ergebnisse seiner Analyse der „Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei“ vor.

In der abschließenden Diskussion tauschten sich die Teilnehmenden über die unzureichende strafrechtliche Ahndung der angesprochenen Taten durch die bundesdeutsche Justiz sowie über Defizite in der historischen Aufarbeitung aus. Einigkeit bestand darüber, dass die Frage nach individuellen Handlungsspielräumen von zentraler Bedeutung ist – sowohl für das Verständnis der Vergangenheit als auch für die heutige Auseinandersetzung mit polizeilicher Verantwortung.

Niklas Zodel und Alexander
Lorenz-Milord

Leserbrief zum Neujahrsempfang:

Liebe Uwe, lieber Vorstand des Förderkreises,

ich möchte Dir und allen an der Ausrichtung des gestrigen Neu-

jahrsempfangs in der Ehrenhalle des Polizeipräsidiums herzlich Dank sagen für die gelungene Veranstaltung.

Es ist ja nahezu die einzige dienststellenübergreifende Veranstaltung, zu dem die Ruheständler und Ruheständlerinnen mal zu einem Treffen eingeladen werden. Die Behördenleitung und auch die gegenwärtige Amtsleitung des LKA hat vergleichbare Plattformen bekanntlich eingestellt. Umso herzlicher war das gestrige Wiedersehen und der Gedankenaustausch.

Zwei inhaltliche Ergänzungen möchte ich hinzufügen, gestern wollte ich den geplanten Ablauf nicht durch eine Rede von der Seitenlinie her beeinflussen:

Bei der Rückschau auf die Vorgeschichte der Polizeihistorischen Sammlung heutiger Art erinnere ich mich, wie das „Polizeimuseum“ schon im Auftrag von Polizeivizepräsident Martin Lippok durch "Dez P 1", Gerhard Simke, in Teamarbeit mit der Exekutive „Dez P 2“, Bernd Manthey, und „Dez P 21“, Bernd Finger, sowie allen Mit helfenden des Stabes des Polizeipräsidenten Klaus Hübner in einen Reformprozess ging.

Nachdem die Museumslandschaft des Bundes und auch des Landes Berlin (seinerzeit noch Berlin-West) einen neuen, verwaltungsrechtlichen Rahmen bekommen haben, wollten wir vermeiden, dass das „Polizeimuseum“ in externe Museen eingegliedert wird - und damit aus der Polizeibehörde mit allen rechtlichen und tatsächlichen Folgen „verschwindet“.

Treibender Motor war, wie so häufig, der spätere Leitende Regierungsdirektor Gerhard Simke, dem wir die „Polizeihistorische Sammlung“ neuer Art maßgeblich zu verdanken haben.

Zur Rückschau auf die Vorgeschichte gehört auch der Epochenbruch durch den Fall der Berliner Mauer und der Weg zur Wiedererlangung der „Deutschen Einheit“.

Ich war damals auf Veranlassung des Innensenators Erich Pätzold nach Beschluss des Senats von Berlin-West und des Magistrats von Berlin-Ost in die „Hauptstadt der DDR“ entsandt worden.

Als Leiter der Abteilung III steuerte ich auf Magistratsseite die Zusammenführung der Sicherheitsbehörden nach Maßgabe der 2-plus-4-Verhandlungen und in Vorbereitung auf den späteren Einigungsvertrag und seiner Ausführung.

Bereits in dieser Frühphase, wenige Wochen nach dem Mauerfall, war das Thema "Polizeihistorie Ost und West" präsent und Teil einer ebenso gemeinsamen Agenda Ost und West und auch meiner Arbeit. Ich sah mir die „Traditionsstätten“ der Deutschen Volkspolizei quer durch die „Republik“ an.

Es ist Dank zu sagen an Frau Dr. Bärbel Schönefeld (Bärbel Fest), die in dieser Umbruchphase und in den Folgejahren - nun in der gemeinsamen Polizei Berlin - von Anfang an für eine Sicherung der Bestände der Deutschen Volkspolizei, damit Sicherung für eine wissenschaftliche Auswertung ohne ideologischen Ballast und für eine gesicherte Zusammenführung der Berliner Bestände Sorge getragen hat.

Vielleicht kann diese Email auch im Mitgliederforum bzw. im On-

line-Mitgliederverteiler des Förderkreises veröffentlicht werden.

Ich würde mich auch freuen, wenn diese Email der Polizeiführung zur Kenntnis gebracht wird, die ja Co-Einlader zur gestrigen Veranstaltung war.

Herzliche Grüße

Bernd Finger

Leitender Kriminaldirektor a. D.
Ehem. Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Magistrat von Berlin

Ehem. Leiter der Abteilung LKA 4 Berlin

Organisierte Kriminalität
Qualifizierte Banden- und Eigentums kriminalität

Organisierte Gewalt- und Rotlichtkriminalität

Polizeiführer Schwerstkriminalität
Cavaliere della Repubblica Italiana



Mitglieder des Förderkreises / 100 Jahre Mordkommission

Impressum: Herausgeber: Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V., in enger Kooperation mit der Polizeiakademie der Polizei Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin-Tempelhof; Telefon (030) 46 64 761 450; verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes Uwe Hundt · Redaktionsteam Dr. Bärbel Fest, Wolfram Kempe · Bernd Maaß · Harold Selowski · Grafische Gestaltung Wolfram Kempe. »Der Berliner Polizeihistoriker« ist das offizielle Organ des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.; Eigendruck im Selbstverlag. Erscheinungsweise mehrmals im Jahr. Beiträge, die mit Namen versehen sind, müssen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten. ISSN 16198336
Der Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V. lebt von der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit seiner Mitglieder sowie von Spenden und Zuwendungen. Bankverbindung für Beiträge und Spenden: Berliner Sparkasse, IBAN: DE43 1005 0000 0190 8946 01